

Delegation für Frieden und Solidarität 1

Bogotá, 4. März 2005. Die Delegation für Frieden und Solidarität trifft Vertreter der kolumbianischen Zivilgesellschaft, u.a. Gewerkschafter und die Frauenorganisation OFP.

„Delegation für Frieden und Solidarität“ trifft Gewerkschaftsführer

Die erste offizielle Zusammenkunft der „Delegation für Frieden und Solidarität“ und Vertretern von Gewerkschaften fand im INS, Arbeits- und Bildungsstätte verschiedener Gewerkschaften in Bogotá, statt. Thema war die Situation des Gewerkschaftssektors in Kolumbien. Die Referenten gingen insbesondere auf die von Gewerkschaften ausgehenden Initiativen und Perspektiven ein. Abschließend drehte sich das Gespräch darum, welche Erwartungen von kolumbianischen Gewerkschaften in internationale Missionen wie die der Delegation gesetzt werden.

Zunächst schilderte Emiliano Diano von der Bankgewerkschaft UNEP, seit 20 Jahren im Bankwesen beschäftigt und seit zwölf Jahren gewerkschaftlich organisiert, seine Sicht auf die derzeitige Lage im Finanzsektor: Gestärkt durch Steuersenkungen florierte der Bankensektor seit 1990 aufgrund einer Öffnung des Landes und damit einhergehenden Senkung von Zöllen, die ausländische Investitionsgelder anzogen. Damit ging es dem Finanzwesen besser als den deutlich angeschlagenen Sektoren in Industrie- und Agrarwirtschaft. Hinzu kam die weltweit einmalige Differenz von über 20 Prozent zwischen dem Zinssatz, zu dem die Banken sich Geld von der Zentralbank leihen, und dem, den sie den Kreditnehmern abnahmen - üblich sind vier Prozent Differenz.

Der seit 1997 eingetretene Rückgang der einstigen hohen Wachstumsraten von bis zu 20 Prozent wurde ohne Rücksicht auf ehemalige Gewinne und ohne weitere Abfederung auf die Konsumenten umgelegt. Arbeitslosigkeit traf den Finanzsektor nun ebenso wie andere Wirtschaftsbereiche Kolumbiens. Von 120.000 Angestellten 1990 sank die Zahl der Beschäftigten auf heute 50.000. Die Situation ist prekär: Sinkende Löhne stehen steigenden Arbeitszeiten gegenüber, gewerkschaftliche Organisierung wird von den Banken erschwert wo nicht behindert.

13.000 Beschäftigte sind in unterschiedlicher Form, allerdings lediglich auf Betriebsebene, gewerkschaftlich organisiert. Industriegewerkschaften gibt es in Kolumbien nicht, und auch der Versuch der UNEP, eine übergreifende Gewerkschaft zu gründen, ist bislang gescheitert. Jüngere Initiativen richten sich darauf, die Banken darauf zu verpflichten, den produktiven Sektor zu stützen und sowohl Auslandschulden als auch

die Verschuldung im Inland im Sinne der Konsumentinnen zu reduzieren bzw. zu erlassen.

Von internationalen Kontakten erhofft sich Diano eine Verbreiterung der Öffentlichkeit zur kolumbianischen Situation, die bisher in Europa und den Vereinigten Staaten kaum bekannt ist.

Fernando Ramirez von „Sintraminercol“, einer Bergarbeitergewerkschaft, sah den staatlichen Bergbau, insbesondere das Unternehmen „Minercol“ in Abwicklung bzw. Privatisierung. Besondere Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit bestehen durch massiven Repressionsdruck. Dies zeigt sich nicht zuletzt durch die hohe Zahl der Mordanschläge auf Gewerkschaftspräsidenten. Daher werden führende Gewerkschafter, wie auch Fernando bei unserem Gespräch, von bewaffneten Leibwächtern begleitet.

Hintergrund der Repression ist die kritische Sichtweise der Gewerkschaften auf die Umgehensweise von Staat und Paramilitärs hinsichtlich der Ausbeutung der Bodenschätze. Dies trifft besonders auf die Situation südlich der Provinz Bolívar zu, wo sich kleine Goldschürfer gegen staatliche Vertreibung und paramilitärische Verfolgung behaupten müssen. Große Chancen werden ihnen nicht eingeräumt: Ramirez sieht das vom amtierenden Präsidenten Uribe am 27. Januar diesen Jahres durchgesetzten „Dekret 254“ als Ursache für die zunehmend schwierige Situation der Goldsucher an.

Eine besondere Rolle spielen ausländische Unternehmen, in denen die Situation von Gewerkschaftern gefährdet ist: dazu zählen Glencore (ein Schweizerisches Unternehmen) und der US-Konzern Drummond - dort sind im Jahr 2000 drei Gewerkschafter erschossen worden, wozu inzwischen internationale Aufklärungsarbeit gemacht wird, was auch zu einem Prozess gegen Drummond im US-Bundesstaat Alabama geführt hat. Ramirez sieht hierin eine wichtige Funktion internationaler Kontakte: weitere Veröffentlichung der extremen Situation der Gewerkschafter in Kolumbien.

Edgar Paez von der Nahrungsmittelgewerkschaft Sinaltrainal und zudem Mitarbeiter der Organisation zur Beobachtung Multinationaler Konzerne berichtete genauer von den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Gewerkschaftern. So liegt die Zahl ermordeter Gewerkschaftsmitglieder seit 1985 bei 4200, allein im Jahr 2005 sind es bereits wieder elf. Hinzu kommt eine Vielzahl von Festnahmen, wozu viele Hundert Einzel- und auch Massenverhaftungen von bis zu einhundert Gewerkschaftern zählen.

Paez charakterisierte insbesondere die Politik der „demokratische Sicherheit“ von Präsident Uribe als Grundlage für diese Entwicklung: damit verbunden sind u.a. der Aufbau des Repressionsapparates in Form

von neuen Militäreinheiten, Kriminalisierung von sozialen Bewegungen und die soziale Kontrolle (Uribe forderte z.B. in seinem Regierungsprogramm eine Million Spitzel für Kolumbien, das wäre jeder 40. Einwohner des Landes).

Ein Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit von Sinaltrainal liegt darauf, die Fähigkeit zur Selbstversorgung der kolumbianischen Bevölkerung wieder her zu stellen. Die Nahrungsmittelsouveränität soll mehr Unabhängigkeit gegenüber dem Ausland bringen.

Zudem bezeichnete Paez die Aktivitäten von Transnationalen Konzernen als entscheidend für Kolumbien. Namentlich nannte er Nestlé und Coca Cola, gegen die, von kolumbianischen Gewerkschaften auf internationaler Ebene organisiert, Kampagnen wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens gefahren werden. Bei den Kampagnen geht es vielfach um einen Konsumboykott der entsprechenden Produkte. An die Erdölunternehmen Repsol und Occidental richtete Paez ebenfalls schwerwiegende Vorwürfe: Beide begehen nicht nur schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen bei der Erdölgewinnung, so z.B. an der ortsansässigen indigenen Bevölkerung der Uvas, sondern nehmen laut Paez auch irreparable Umweltzerstörungen in Kauf.

Das Treffen schloss mit einer historischen Darstellung der Entwicklung gewerkschaftlicher Arbeit in Kolumbien, die Domingo Tovar, Vorstand des Gewerkschaftsdachverbandes CUT und Verantwortlicher für Menschenrechte, gab. Eher düster fiel sein Fazit aus, dass angesichts eines von 18 Prozent 1985 auf 4 Prozent 2004 gefallenem Organisationsgrades die Gewerkschaften ihre Bedeutung und Möglichkeiten verlieren würden. Die Gründe für die Entwicklung sah er in der Repression gegen Gewerkschaften, der Umstrukturierung der Unternehmen und der neoliberalen ideologischen Offensive der Medien. Eine Annäherung an die sozialen Bewegungen und eine Verstärkung der Menschenrechtskampagnen sei eine mögliche Perspektive.

Besuch bei der kolumbianischen Frauenorganisation OFP

Im Süden Bogotas liegt das Barrio Ciudad Bolívar, in dem etwa zwei der acht Millionen Einwohner Bogotas leben. Historisch gesehen zerfiel Bogota Ende der 40er Jahre von einer homogenen Stadt in verschiedene Zonen: die reichen Oligarchien zogen sich in den Norden zurück, während sich im Süden die Arbeiterviertel ausweiteten, ein Prozess, der sich bis heute hinzieht. Er war Gegenstand verschiedener Stadtplanungen, die auf eine Kontrolle der Barrios im Süden hinauslaufen, bis hin zu der - wohl kaum zu realisierenden - Absicht, Bogota wieder auf drei bis vier Millionen Einwohner zu verkleinern und die „überflüssigen“ Bewohner woanders anzusiedeln. Die Stadtverwaltung versucht die Barrios zu kontrollieren,

während verschiedene Basisorganisationen versuchen, die Menschen dort zu organisieren und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Eine in Ciudad Bolívar tätige Organisation ist die vor über dreißig Jahren gegründete OFP (Organización Femenina Popular), die inzwischen über 3.000 Mitglieder hat und in mehreren Städten Einrichtungen unterhält. Über die Möglichkeit für Leute aus den Barrios, sehr günstig zu essen, finden Workshops statt, in denen sich Frauen qualifizieren können und lernen, sich zu organisieren.

OFP betreibt in den letzten Jahren eine Kampagne gegen den Krieg in Kolumbien, zu den von ihr organisierten Demonstrationen kamen in Bogota einige tausend Menschen, durchaus nicht nur Frauen.

In einem von vier OFP-Büros in Ciudad Bolívar wurde uns von Marcella und Monqui bei einem Essen die Organisation und ihre Geschichte vorgestellt. Betont wurde, dass sich die Arbeit zwar auf die Organisation von Frauen abzielt, die Praxis der OFP sich aber auch stark gegen die Repression in den Barrios richtet. Bei einem ausgedehnten Rundgang erfuhren wir, dass in den letzten Wochen etwa 20 junge Männer - angebliche Kleinkriminelle oder Drogenabhängige - von Paramilitärs erschossen wurden. Und das unter den Augen einer großen, oben auf einem Hügel liegenden Militäreinrichtung. Erfahrungsgemäss seien solche Morde immer der Beginn des paramilitärischen Projekts, ein Barrio zu übernehmen und die dortigen sozialen Bewegung auszuschalten. OFP-Anführerinnen wurden in anderen Städten bereits mehrfach von Paramilitärs mit dem Tode bedroht.

Beeindruckend war das Gespräch mit einer Frau, die zusammen mit anderen aus den Bürgerkriegsgebieten vertriebenen erst vor fünf Jahren als Besetzerin in das Barrio gekommen war. Das von ihnen mit Hütten bebaute Gebiet wurde fünfmal von der Polizei geräumt, zweimal wurden ihre gesamten Habseligkeiten niedergebrannt. Erst nachdem der formale Besitzer des Geländes, einer aufgelassenen Finca, mit umgerechnet 500 Euro abgefunden wurde, konnten sie feste kleine Häuser bauen und Strom von einem angrenzenden Barrio legen - auf einen Wasseranschluss warten sie aber immer noch. Deutlich sichtbar war, dass die kommunalen Behörden von sich aus wenig bis gar nichts für die Bewohnerinnen tun, aber sehr viel Eigeninitiative und Engagement von den BewohnerInnen kommt.

Zum Abschluss wurden wir von den OFP-Frauen noch darauf aufmerksam gemacht, dass die Männer im Billardsalon gegenüber eines ihrer Büros Informanten der Paramilitärs seien und es gut sei, wenn die mitbekommen würden, dass es eine internationale Öffentlichkeit gebe, weil die das von Aktionen gegen den OFP-Treffpunkt eher abhalten würde.

Bericht vom 4. März 2005